

Themen des Monats

Bauindustrie Niedersachsen-Bremen:

43. Öffentliche Vortragsveranstaltung

(brb).-Anlässlich der 43. Vortragsveranstaltung des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen nahm der Präsident Prof. Dr. Ing. Rolf Warmbold in seiner Ansprache zur Bauwirtschaft in Bremen und Niedersachsen Stellung. Dabei ging er davon aus, dass sich der Aufschwung am Bau in Niedersachsen und Bremen in abgeschwächter Form auch im Jahr 2008 fortsetzen werde.

Die vorliegenden statistischen Daten der ersten 11 Monate des abgelaufenen Jahres weisen aus, dass die Auftragseingänge im Verbandsgebiet um insgesamt 13,7 Prozent zugelegt haben. Diese positive Entwicklung treffe allerdings leider nicht für den Wohnungs- und Straßenbau zu.



v.l.n.r.: Prof. Dr. Ing. Warmbold, Prof. Dr. Elger, Dr. Schüssel, Dr. Bayer, Prof. Sommer

Fraglich sei allerdings, ob der Wirtschaftsbau auch im Jahr 2008 seinen Aufschwung fortsetzen kann. Hierfür müsse der öffentliche Bau wieder an Fahrt gewinnen. Prof. Warmbold wies darauf hin, dass Investitionshaushalte, insbesondere im Verkehrsinfrastrukturbereich, bei Weitem nicht ausreichen, um dem gestiegenen Verkaufsaufkommen Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang nannte er als für die Seehäfen bedeutungsvolle Schienenprojekte den Bremer Knoten, die Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven und das dritte Gleis von Stelle bis Lüneburg.

Nachgedacht werde auch über einen Ausbau der Heidebahn von Hannover nach Soltau. Mit großer Sorge sprach Prof. Warmbold von den Haushaltsvoranschlägen im Doppelhaushalt 2008/2009 des Landes Bremen, die für den Baubereich zu gering

Fortsetzung Seite 2

Große Chance vertan – Kein PPP für Klinikum Bremen-Mitte

(brb).-Bremen hat mit dem Scheitern des PPP-Projekts Klinikum Bremen-Mitte eine große Chance vertan und sich gleichzeitig erhebliche Risiken eingehandelt. So kommentierte der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen, Dr. jur. Wolfgang Bayer, den Beschluss des Bremer Senats, den Neubau des Klinikums Bremen-Mitte über eine Landesbürgschaft und nicht über ein PPP-Modell zu realisieren.

Während in Deutschland bis Ende 2007 bereits 75 PPP-Projekte im öffentlichen Hochbau mit einem Investitionsvolumen von mehr als 2,2 Milliarden Euro vergeben wurden und der PPP-Zug bundesweit endlich Fahrt aufgenommen hat, ist er in Bremen zum Stillstand gekommen. Dabei hätte sich gerade hier die Möglichkeit ergeben, ein echtes Leuchtturm-Projekt zu realisieren.

Bayer betonte, dass das Scheitern des PPP-Projekts entgegen teilweise anders lautenden Aussagen aus der Politik nicht etwa an der Risikoscheu der privaten Bieterkonsortien gelegen habe, sondern an einem falschen PPP-Verständnis von Teilen des Bremer Senats, insbesondere einer missverstandenen Risikoverteilung. Es sei ein Grundprinzip von PPP, dass im Rahmen eines PPP-Projekts die Risikoverteilung so erfolgt, dass derjenige Vertragspartner das Risiko übernimmt, der es am besten steuern und beherrschen kann. Wird dieses Prinzip verletzt, so verringert sich wegen der notwendigen Risikozuschläge der Wirtschaftlichkeitsvorteil, schlimmstenfalls scheitert das PPP-Projekt – so wie jetzt in Bremen – zur Gänze.

Nach Angaben Bayers hatten die privaten Partner der Freien Hansestadt Bremen

Fortsetzung Seite 4

Überblick

1 Themen des Monats:

Bauindustrie Niedersachsen-Bremen:
43. Öffentliche Vortragsveranstaltung

Große Chance vertan –
Kein PPP für Klinikum Bremen-Mitte

2 Kommentar:

Im Klartext:
Aufgaben für die neue Landesregierung

Wohnungsneubau in Europa:
Sanfter Abstieg vom Gipfel

3 Forum Nord:

Interview mit Stephan Weil,
Oberbürgermeister der Stadt Hannover

Studie zur Deutschen Bauwirtschaft

Kurz notiert

4 Trends und Märkte:

Haushaltsansätze für Baumaßnahmen

Straßenbaubericht 2007

Impressum



Kommentar

Im Klartext:

Aufgaben für die neue Landesregierung

Ministerpräsident Christian Wulff und sein Wirtschaftsminister Walter Hirche haben die Fortsetzung ihrer erstaunlich geräuschlos arbeitenden Koalition vereinbart. Sie wissen, was auf sie zukommt und was von ihnen erwartet wird. In der neuen Legislaturperiode haben sie vorrangig und rasch zu erledigen, was sie in den zurückliegenden Jahren, aus welchen Gründen auch immer, liegen ließen. Denn die nächsten Landtagswahlen kommen bestimmt, und es ist keineswegs ein Naturgesetz, dass hierzulande CDU und FDP jedes Mal die Mehrheit erlangen.

Die neue Landesregierung, die weitgehend personengleich ist mit der alten, muss gesetzgeberisch einiges auf den Weg bringen, und sie hat vor allem Geld in die Hand zu nehmen, um stärker als in der Vergangenheit zu investieren. Dass sie sich mittelfristig das Ziel gesetzt hat, von 2010 an einen Haushalt ohne neue Schulden zu finanzieren, ist gut und schön. Aber es wäre kurzsichtig, wenn darüber die Investitionen weiterhin vernachlässigt würden wie bisher. Jeder Familienvater kennt die Kosten, welche das zu lange gefahrene klapprige Auto verursacht oder, beim nächsten Orkan, das nicht rechtzeitig erneuerte Hausdach. Am falschen Ende zu sparen war schon immer besonders teuer. Es ist viel zu tun. Die Verkehrsinfrastruktur muss dringend verbessert werden, um den Anforderungen von heute und morgen gerecht zu werden. Die vernachlässigten Landesstraßen dürfen nirgendwo noch länger an jene Rüttelstrecken erinnern, die seinerzeit für die DDR typisch waren. Die Landesregierung ist dafür zuständig. Doch sie muss darüberhinaus den Bund unablässig drängen, mit dem Aus- und Neubau der Autobahnen voranzumachen, damit die Nord-Süd- und Ost-West-Verkehrsdrehscheibe Niedersachsen nicht irgendwann zum Stillstand kommt. Diese drückenden Fernstraßenprobleme haben sogar Kennziffern: A 1, A 7, A 22, A 39 und A 281. Die Seehäfen, insbesondere der künftige Jade-Weser-Port, benötigen leistungsfähigere Verkehrsanbindungen, um den stetig wachsenden Güterumschlag zu bewältigen. Von besonderer Wichtigkeit sind dabei Schienenprojekte, für die beispielsweise Bremer Knoten oder Y-Trasse als Kürzel stehen. Zugegeben, es ist nicht allein Sache des Landes, Niedersachsen zukunftsfest zu machen. Aber es liegt in der Verantwortung der Landesregierung, alle Anstrengungen zu unternehmen, dass im Zusammenwirken mit dem Bund das Erforderliche geschieht. Die Zeit läuft davon, und jedermann weiß, die Konkurrenz im Standortwettbewerb ist bärenstark und bienenfleißig.

Fortsetzung Seite 1



Dr. Wolfgang Schüssel, ehemaliger österreichischer Bundeskanzler, Fraktionschef der ÖVP, referierte anlässlich der 43. öffentlichen Vortragsveranstaltung zum Thema: „Der Balkan: Chance für Stabilität und Frieden“

bemessen seien. Da die Straßenbauinvestitionen für den Unterhalt fast ganz zusammengestrichen wurden, habe sich dies auf Maßnahmen der BSAG und der Hanse Wasser ausgewirkt.

Darüber hinaus müsse für das Bundesland Bremen zügig die Weichen für den nächsten

Bauabschnitt der A281 gestellt werden. Für Niedersachsen sei die Beendigung des 6-streifigen Ausbaus der A7 dringend

notwendig sowie die Planungen für die A22 und der Weiterbau der A39. Sorgen bereiten der Bauwirtschaft auch die Entwürfe der Landesvergabegesetze in Bremen und Niedersachsen, die in den vorliegenden Fassungen noch nicht akzeptiert werden können. Auch müsse die Umsetzung von öffentlich-privaten Partnerschaften zügig weiterentwickelt werden. Die Beendigung des PPP-Verfahrens für das Klinikum Bremen-Mitte sei ein falsches Zeichen (s. auch S. 1 und 4).

Ein großes Problem für die Bauwirtschaft stelle nach wie vor die illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit dar. Zwar sei mit einem Rückgang am Bruttoinlandsprodukt von 14,7 auf 14,2 Prozent zu rechnen, doch mit ca. 38 Prozent entfielen der größte Teil des Schattenwirtschafts-



Prof. Dr. Christian Elger, Direktor der Universitätsklinik für Epileptologie, Universität Bonn. Sein Vortragsthema in Bremen: „Die ökonomische Dimension des menschlichen Gehirns“

volumens nach wie vor auf die Bauwirtschaft. Ein Ansatz zur Bekämpfung dieses Problems sei die Einführung der BauCard. Der Verband habe hier zur Machbarkeit ein Gutachten erstellen lassen.

Umsetzung stoße aber nicht auf Zustimmung der Auftraggeber.

Wohnungsneubau in Europa: Sanfter Abstieg vom Gipfel

(brb).-Der Wohnungsneubau in Europa hat seit 2003 ziemlich kräftig expandiert. Nach den aktuellen Prognosen der Euroconstruct-Gruppe wird es allerdings in dieser Teilsparte schon in diesem Jahr nur noch ganz langsam aufwärts gehen; für die beiden folgenden Jahre ist sogar mit leichten Rückgängen zu rechnen, wobei die Veränderungsraten zwischen den 19 Euroconstruct-Ländern West- und Mitteleuropas wieder eine große Spannweite aufweisen werden. In dem europäischen Forschungs- und Beratungsnetzwerk „Euroconstruct“ arbeitet aus Deutschland das Ifo-Institut in München mit.

Anhaltend große Unterschiede des Niveaus und der Entwicklung sind noch bei der Zahl der fertig gestellten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden zu erwarten. Insgesamt steigen die Fertigstellungswerte zunächst aber weiter auf 2,6 Millionen Wohneinheiten und damit auf einen neuen Spitzenwert. Bei der Wohnungsbauintensität (fertig gestellte Wohnung pro 1.000 Einwohner) bleibt Deutschland trotz einer leichten „Regeneration“ Anschlusslicht in Europa. Das Euroconstruct-Netzwerk umfasst die alten EU-Länder (15 Mitgliedsstaaten) ohne Griechenland und Luxemburg, Norwegen und Schweiz sowie Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn.



Oberbürgermeister Weil zur Haushaltslage

(brb).-Im Gespräch mit Stephan Weil, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Baurundblick: Die Landeshauptstadt Hannover stellt ihr gesamtes Haushalts- und Rechnungswesen von der Kameralistik auf ein kaufmännisches Rechnungswesen um. Nach welchem Verfahren bewerten Sie das Vermögen der Stadt, das in Grundstücken und Straßen samt Ver- und Entsorgungsleitungen besteht? Wann wird die Umstellung auf das neue kommunale Haushaltsrecht abgeschlossen sein?

Weil: Wir wollen das Finanzwesen bis zum Jahr 2011 auf die neue Rechtslage umstellen und zu diesem Zeitpunkt die Eröffnungsbilanz vorlegen. Grundlage für die Bewertung sind nach der vollständigen Bestandsaufnahme die Anschaffungs- oder Herstellungswerte. Sofern die tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungswerte nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand ermittelt werden können, werden wir ersatzweise z. B. die Wiederbeschaffungswerte heranzuziehen.

Baurundblick: Die Doppik wird jährlich erkennen lassen, welcher Substanzverlust bei der Infrastruktur in diesem Zeitraum erfolgt ist. Welche Schritte wird die Landeshauptstadt Hannover unter Ihrer Leitung unternehmen, um kontinuierliche Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen sicherzustellen?

Weil: Wie sich bei anderen Städten gezeigt hat, liegt der größte Teil des kommunalen Vermögens im Infrastrukturbereich, also beispielsweise im Straßenvermögen. Neben der Erfassung und Bewertung der Straßen, Wege und Plätze für die städtische Eröffnungsbilanz – in die natürlich auch der Erhaltungszustand einfließt – wird auch eine detaillierte Straßendatenbank aufgebaut. Sie ermöglicht dann einen präzisen Überblick über den jeweiligen Unterhaltungsbedarf – und damit eine gute Dokumentation und Prioritätensetzung bei der Instandhaltungsplanung. Ob die erforderlichen Haushaltsmittel dann auch tatsächlich vorhanden sind, hängt allerdings von der jeweiligen

Haushaltslage und den Beschlüssen des Rates der Landeshauptstadt Hannover ab.

Baurundblick: Im Herbst letzten Jahres haben Sie verkündet, von 2008 bis 2011 insgesamt 214 Millionen Euro zur Instandsetzung des Gebäudebestandes der Stadt Hannover zu investieren. Es waren 116 Millionen Euro für die Schulsanierung und 18 Millionen Euro für die Kindertagesstätten vorgesehen. Das Programm stand allerdings noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Kommunalaufsicht. Wie stellt sich heute der Stand der Dinge dar?

Weil: Der Rat hat ein mittelfristiges Sanierungsprogramm für Schulen mit rund 116 Millionen Euro und für Kindertagesstätten mit weiteren 18 Millionen Euro beschlossen. Die Finanzierung dieses Programms von damit 134 Millionen Euro ist aus Abschreibungen und Krediten im Vermögensplan des Gebäudemanagements vorgesehen.



Zusätzlich wollen wir Einzelmaßnahmen in einem Kostenvolumen von rund 80 Millionen Euro durch alternative Finanzierungsmodelle (PPP) umsetzen. Sowohl die Kreditaufnahmen als auch die einzelnen PPP-Projekte als „kreditähnliche Rechtsgeschäfte“ unterliegen der Zustimmung der Kommunalaufsicht. Wir haben derzeit aber keinen Anlass, an der Genehmigungsfähigkeit der beabsichtigten Maßnahmen zu zweifeln.

Baurundblick: Im Zusammenhang mit dem Schulsanierungsprogramm gab es im letzten Jahr Überlegungen, die union-boden und die Wohnungsgesellschaft GBH einzubinden. Werden die Projekte, zu denen u.a. die Sanierung der IGS Mühlenberg mit einem Volumen von rund 30 Millionen Euro gehören sollte, in der angedachten Art und Weise realisiert werden?

Weil: Wir werden in der Tat städtische Unternehmen in unser Programm einbeziehen, wobei es einzelfallbezogene Lösungen geben soll. Eines steht allerdings fest: In welcher Form auch immer – Bauaufträge erhalten am Ende Bauunternehmen.

Studie zur Deutschen Bauwirtschaft

(brb).-Zwei von drei Deutschen glauben, dass der Bauwirtschaft im Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen eine „große“ oder „sehr große“ Bedeutung zukommt. Das geht aus einer repräsentativen Befragung von 2000 Bundesbürgern hervor, die das Allensbacher Institut für Demoskopie im Sommer 2007 im Auftrag der Deutschen Bauindustrie, des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie (BDZ) und des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS) durchgeführt hat. Die Ergebnisse der Studie, die jetzt in ihrer Langfassung vorliegt, sollen in den vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) initiierten Prozess zur Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes für die deutsche Bauwirtschaft eingehen.

Trotz der vielen Medienberichte über Pfusch am Bau, mangelnde Termintreue oder aus dem Ruder gelaufene Budgets gaben 88 Prozent der Befragten an, dass sie positive Erfahrungen im Umgang mit der Bauwirtschaft gesammelt haben.

Kurz notiert

(brb).-Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in den alten Bundesländern betrug im Dezember 2007 2.836 Mill. Euro und lag damit real um 4,4 Prozent über dem Stand des Vorjahres. In den neuen Bundesländern erreichte der Auftragsseingang im Dezember 2007 847 Mill. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Rückgang von real 2,9 Prozent.

(brb).-Im 3. Quartal 2007 wurden in den alten Bundesländern 403 Insolvenzen im Bauhauptgewerbe registriert. Das waren 6,1 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In den neuen Bundesländern betrug die Zahl der Insolvenzen im 3. Quartal 2007 im Bauhauptgewerbe 155. Das entspricht einem Rückgang von 19,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.



Trends und Märkte

Fortsetzung Seite 1

weitgehende vertragliche Kosten- und Planungssicherheit zugesagt, weil sie diese Risiken beherrschen und tragen können. Durch die Entscheidung des Bremer Senats, mit dem Klinikum Bremen-Mitte gGmbH (KBM) einen Auftraggeber zu benennen, der aufgrund seiner wirtschaftlichen Situation gar nicht über die notwendige Bonität für die auf 30 Jahre angesetzte Rückzahlung eines 200 Millionen Euro-Kredits verfüge, sei indes ein Kreditausfallrisiko ins Spiel gebracht worden, dass die privaten Bieter und deren Banken nicht abnehmen konnten. Bayer verwies darauf, dass nach der Ausschreibung die privaten Bieter nur für den Bau-, die Instandhaltung und den Betrieb des Bauwerks zuständig sein sollten, nicht aber für den wirtschaftlichen Klinikbetrieb.

Durch das Ausscheiden der PPP-Option ist nach Einschätzung Bayers das, was eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Bremen hätte sein können, jetzt möglicherweise zu einem unkalkulierbaren Risiko geworden. Allein die während des Vergabeverfahrens von den privaten Bietern unterbreiteten Kostenoptimierungsvorschläge hätten über die gesamte Vertragslaufzeit die Einsparung eines zweistelligen Millionenbetrages ermöglicht. Stattdessen sei durch den Verfahrensabbruch bereits jetzt ein Millionenschaden für Stadt und Bieter entstanden.

Bayer zeigte Verständnis dafür, dass die beteiligten Bieter derzeit prüfen, ob Schadensersatzansprüche gegenüber dem Klinikum Bremen-Mitte geltend gemacht werden können. Schließlich seien von Bieterseite Angebotsbearbeitungs- und Planungskosten in Millionenhöhe im Vertrauen darauf aufgewandt worden, dass das Vorhaben als PPP-Projekt realisiert werde. Wenn jetzt nicht aus sachlich begründeten, sondern politischen Motiven heraus die Realisierung als PPP-Projekt scheitert, so könne dies nicht zu Lasten der beteiligten Bieter gehen.

Haushaltsansätze für Baumaßnahmen

(brb).-Für das laufende Jahr planen Bund und Länder im Vergleich zu den Haushaltsansätzen des Vorjahres eine Erhöhung ihrer Bauausgaben von 8,3 Prozent auf 11,21 Mrd. Euro. Der Bund plant den stärksten Anstieg der Ausgaben für Baumaßnahmen: und zwar um 8,6 Prozent auf 5,78 Mrd. Euro. Aber auch die Länder beabsichtigen ihre Bauausgaben zu erhöhen: Insgesamt sollen die Ausgaben für Baumaßnahmen um 8,1 Prozent auf 5,43 Mrd. Euro erhöht werden. Bei den westdeutschen Bundesländern (inkl. Stadtstaaten) liegt der Anstieg mit 8,5 Prozent etwas über dem der ostdeutschen Bundesländer der (inkl. Berlin) mit 7,3 Prozent. Bis auf Brandenburg, Mecklenburg-

Vorpommern, Schleswig-Holstein und Bremen (ohne Bremerhaven) haben alle Länder ihre Haushaltsansätze für Baumaßnahmen für das laufende Jahr erhöht.

Für die Gemeinden liegen keine Haushaltsansätze vor. Der Deutsche Städtetag geht für 2008 von einem Anstieg der kommunalen Bauausgaben von 8,2 Prozent auf 17,09 Mrd. Euro aus. Der Städtetag erwartet für die westdeutschen Gemeinden ein Plus von 9,4 Prozent auf 13,4 Mrd. Euro und für die ostdeutschen Gemeinden ein Plus von 3,9 Prozent auf 3,7 Mrd. Euro. Dies deckt sich auch mit der Umfrage des Hauptverbandes bei größeren Städten und Kommunen: Demnach wollen die deutschen Kommunen ihre Bauausgaben in diesem Jahr um 13,5 Prozent erhöhen.

Straßenbaubericht 2007

(brb).-Der Bundesminister für Verkehr, Bau, und Stadtentwicklung informiert den Deut

Die aktuelle Güterverkehrsentwicklung zeigt gerade, dass die dem BVWP 2003

Verkehrsleistung	Ist 1997	Ist 2003	Prognose BVWP 03 2015	Ist 2007
Straßengüterverkehr (Mrd. tkm)	236	366	374	467
Schienengüterverkehr (Mrd. tkm)	73	80	148	116
Straßen-Personenverkehr gesamt (Mrd. Pkm)	(812)	(948)	(959)	(953)
- dav. Individualverkehr	732	870	873	870
- öff. Straßenpersonenverkehr (Busse, Taxi)	80	76	86	83

Quelle: BVWP 2003, Gleitende Mittelfristprognose für den Güter- und Personenverkehr 2007 (im Auftrag BMVBS Juli 2007)

schen Bundestag jährlich mit dem Straßenbaubericht über die Straßenbauleistungen und die aktuellen Entwicklungen bei den rechtlichen, finanziellen und administrativen Rahmenbedingungen.

Der Straßenbaubericht 2007 (Drucksache 16/7394) vom 30.11.2007 ist soeben veröffentlicht worden.

Der Straßenbaubericht 2007 enthält wieder wichtige und interessante Aussagen.

Kritisch ist die in der Zusammenfassung des Berichts getroffene Aussage zu werden:

„Aktuelle Verkehrsprognosen bestätigen die der Bundesverkehrswegeplanung 2003 zugrunde liegenden Prognosen und zeigen, dass der Straßenverkehr auch langfristig an Bedeutung zunehmen wird.“

zugrunde liegende Prognose (Zeitraum 2001-2015) verfehlt war. Bereits zur Halbzeit haben die Güterverkehrsleistungen den Prognoseansatz des Jahres 2015 weit übertraffen. Auch im Schienengüterverkehr sind neuerdings deutliche Steigerungen zu verzeichnen, die insbesondere auf den Containerverkehr infolge des prosperierenden deutschen Außenhandels und des Transitverkehrs und nicht auf politische Verlagerungsaktivitäten zurückzuführen sind.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler
Nachdruck, auch auszugsweise
gestattet. Quellenangabe und Beleg-
exemplare erbeten.